

Der Arbeitsmarkt der leeren Versprechungen

Flüchtlinge werden mit illegalen Jobs und billigem Lohn abgespeist. Die gesetzlichen Regelungen fördern das geradezu. Sergey F. aus Armenien hat einige Erfahrung mit derlei Ausbeutung gemacht und freut sich jetzt endlich über eine ordentliche Arbeitsstelle. Die gazz hat ihn dort getroffen.

Ein Altbau mitten in der Bamberger Innenstadt. Unverputzte Wände, Ziegelstein, Sandstein, frei liegende Decken- und Bodenbalken aus altem knorrigem Holz. Das denkmalgeschützte Haus ist Jahrhunderte alt, hat eine lebhaft Baugeschichte auf dem Buckel, mit zahlreichen An- und Umbauten. Jetzt wird es von Grund auf renoviert.

Es staubt heftig. Im Radio macht eine quiekende Stimme Werbung für irgendeinen Schokoriegel. Aber man kann das kaum hören, die Arbeiten sind laut hier. Sergey F.* kratzt mit seiner Schaufel geräuschvoll Sand vom Boden und befördert ihn in einen Plastikeimer. Vor dem Gesicht eine Atemmaske, auf dem Kopf einen kleinen Schlapphut. Das hier ist Drecksarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Heute Nachmittag, wenn er mit der Arbeit fertig ist, wird er eine ganze Zeit brauchen, um sich den Schmutz abzuwaschen. Aber er wird zufrieden sein, denn für ihn ist diese „Drecksarbeit“ die erste ordentliche Arbeitsstelle, nach der er sich seit langem sehnt.

Traum vom richtigen Arbeitsvertrag

Sergey kommt aus Armenien. Zusammen mit seiner Frau Elina* hat er in Deutschland Asyl beantragt, das war vor vier Jahren. Seine Erfahrungen am deutschen Arbeitsmarkt in dieser Zeit sind weit entfernt von dem, was er jetzt ergattern konnte. Sergey wird in den nächsten Monaten auf der Baustelle Abbrucharbeiten erledigen und Auftragsfirmen zuarbeiten, er ist seit zwei Wochen als einer von drei Bauhelfern für 50 Stunden im Monat angestellt und wird bei Bedarf eingesetzt. Er hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit offizieller Beschäfti-

gungserlaubnis von der Ausländerbehörde, und er verdient mehr als doppelt so viel wie bei allen Jobs, die er bisher hatte.

Und das waren schon einige. Wenn Sergey und Elina, die sich als ausgebildete Deutschlehrerin besser als ihr Mann verständlich machen kann und unser Gespräch dolmetscht, davon berichten, sind beide zugleich enttäuscht, empört und im Innersten verletzt. Denn sie kennen beide den Arbeitsmarkt als „Markt der leeren Versprechungen“. Auf Baustellen hat Sergey schon mehrfach gearbeitet, für 8 Euro die Stunde, eine Woche oder ein paar Tage lang. Immer wurde ihm zugesagt, dass er bei guter Leistung eine Festanstellung mit richtiger Erlaubnis bekommen würde. Aber Fehlanzeige. Jedes Mal hieß es nach kurzer Zeit, er würde nicht mehr gebraucht.

Schwarzarbeit beschämt

Dass Sergey dabei schwarz gearbeitet hat, ist der Grund, warum das Ehepaar anonym bleiben möchte. „Mein Mann ist immer mit Angst zur Arbeit gegangen. Wir wussten ja, dass das nicht legal ist. Aber wir hatten immer Hoffnung. Mein Mann will von ganzem Herzen arbeiten“, sagt Elina. Und dabei kommen ihr die Tränen.

Sie schämt sich, sagt sie. Dass die Situation so ist, wie sie ist. Obwohl sie dafür gar nichts kann. Auch über die illegalen Arbeitsgelegenheiten waren sie letztendlich froh, und andere Flüchtlinge sind es auch. Doch eine Perspektive ist das nicht. Asylsuchenden wird es auf dem Arbeitsmarkt enorm schwer gemacht. Und das System öffnet der individuellen Ausbeutung Tür und Tor.

Dass Sergey jetzt einen würdigen und legalen Arbeitsplatz gefunden



Sergey F. bei der Arbeit

Foto: Erich Weiß

hat, ist ein Glücksfall für den Mittfünfziger: „Gute Chefin“ sagt er über seine Arbeitgeberin, und sogleich wird er von dieser ermahnt, auch ja seinen Mundschutz zu tragen. Für Baustellenleiter kann die Beschäftigung von Flüchtlingen als Schwarzarbeiter ziemlich lukrativ sein, erklärt sie uns. Sie stellen dem Auftraggeber einen doppelt oder dreimal so hohen Stundenlohn in Rechnung wie sie an die illegal Beschäftigten auszahlen, den Differenzbetrag stecken sie in die eigene Tasche.

Erst Probearbeit, dann „Tschüss“

Während bei Sergey die mangelnden Sprachkenntnisse ein immerhin nachvollziehbares Problem bei der Arbeitssuche darstellen, geht es der gut Deutsch sprechenden Elina damit aber auch nicht viel besser. Im Moment hat sie einen Küchenjob mit Mindestlohn in einem Bamberger Imbiss. Ehrenamtlich (also ohne Bezahlung) ist sie außerdem in einem Seniorenheim tätig und macht für eine Sozialberatungsstelle anfallende Übersetzungsarbeiten für Armenier. Sie ist fleißig, will etwas tun, etwas Sinnvolles. Aktuell hofft sie auf eine Ausbildung als Altenpflegerin, die ihr ab September angeboten wurde und wofür sie nun auf Genehmigung wartet. Doch auch Elina kann schon zurückblicken auf tagelanges Probearbeiten ohne Bezahlung und dann ein lapidares „Tut uns leid, wir können Sie doch nicht mehr gebrauchen“.

Gesucht haben Sergey und Elina sich bisher alle Tätigkeiten selbst, geholfen hat ihnen dabei keine staatliche Stelle, allenfalls persönliche Kontakte haben etwas gebracht, und Hanna J.*, ihre ehrenamtliche Patin vom Verein „Freund statt fremd“ kann-

te unterstützen. Sie weiß, wie wichtig eine ordentliche Arbeit auch für das Selbstgefühl ihrer beiden Schützlinge ist und wie niederschmetternd die wiederholten Erlebnisse der Ausbeutung sich auf ihr ganzes Leben auswirkten.

Hohe Arbeitsmotivation bei Flüchtlingen

„Dabei ist die Motivation bei Asylsuchenden oft besonders hoch“, weiß sie. Dass ihre Bereitschaft – gerade auch für Tätigkeiten, die bei Einheimischen eher unbeliebt sind – nicht besser genutzt, geschätzt und entsprechend gefördert wird, verstehen Hanna J., Sergey, Elina und die Managerin der Baustelle nicht. Auch das Sprachproblem sehen sie nicht als so groß an. „Mit der Arbeit deutsch lernen, gerade das ist effektiv“, meint Hanna J. Und unüberwindliche Verständigungsschwierigkeiten hat es auf der Baustelle offenbar noch nicht gegeben.

„Mein Mann arbeitet immer wie ein Wilder“, sagt Elina stolz und dankbar, und die Chefin des so Gelobten lächelt zustimmend. Sergey selbst ist glücklich. Für ihn scheint es tatsächlich der erste Job zu sein, bei dem er anständig behandelt und bezahlt wird. Deshalb kommt er auch morgen wieder pünktlich zum Arbeitseinsatz. Dann wird er in aller Früh aufstehen, so erzählt uns seine Frau schmunzelnd, und mindestens eine Stunde lang unruhig auf die Uhr sehen, bis er endlich losziehen kann, zu „seiner Arbeitsstelle“, zu Schlapphut, Schaufel, Staub – und den unausweichlichen „bitteschön Mundschutz“-Ermahnungen der Baustellenleiterin.

* Alle Namen von der Redaktion geändert.

I N H A L T

Schwerpunkt Konversion

Auf vier Seiten widmet sich die gazz der Zukunft des Konversionsgeländes. In Gastbeiträgen erörtern Fachleute spezielle Aspekte der Entwicklung dieses neuen Stadtteils: Sozialplanung, Naturschutz und Architekturästhetik. Der mögliche neue Kulturraum steht im Zentrum eines Interviews. Weitere Themen: Neugestaltung Berliner Ring, Energetische Gebäudesanierung, Entwicklung MUNA-Gelände, Asylunterkünfte.

Seiten 3 bis 6

Versteinerte Gärten – abwischar und artenarm

Wie schädlich der neue Trend zum sauberen Steingarten für die Natur sein kann.

Seite 2

„Gärtnerflächen sind genauso wertvoll wie Baudenkmäler“

Die Bamberger Gärtnerflächen machen das Weltkulturerbe genauso aus wie die Altstadt. Ihre Nutzung muss deshalb erhalten bleiben. Ideen dafür gibt es genug.

Seite 7

Keine „Fruchtfolge Bauland“ in der Oberen Gärtnerei

Ein Bebauungsplanentwurf will gärtnerisch genutzte Flächen sichern. Doch manch ein Anlieger hofft auf Bauland, denn das ist lukrativer. Vom Zwiespalt zwischen Stadtdenkmal und Individualinteressen.

Seite 7

Keine Rutsche ...

... oder wie lästig so ein nicht existenter Kinderspielplatz für Stadtverwaltung und Stadtpolitik doch sein kann

Seite 8

Komplizierte Vorschriften

Nach den aktuellen Regelungen haben Flüchtlinge nach drei Monaten offiziell Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen sie bzw. ihr Arbeitgeber bei der Ausländerbehörde eine Beschäftigungserlaubnis für eine konkrete Arbeitsstelle beantragen. Die ZAV (Zentrale Auslands- und Fachvermittlung) in München prüft dann in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur vor Ort, ob für die Stelle – rein theoretisch – vorrangig zu Beschäftigende zur Verfügung stünden, also deutsche Staatsbürger, EU-Bürger oder andere MigrantInnen. Ist das so, wird abgelehnt. Ob sich auch tatsächlich jemand anderes für diesen Job findet, ist unerheblich. Die ZAV prüft außerdem, ob Mindestlohn gezahlt wird und die Arbeitsbedingungen gesetzeskonform sind.

Nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland fällt die Vorrangprüfung zwar weg, eine Beschäftigungserlaubnis der Ausländerbehörde muss dennoch einholt werden. Wegen Überlastung muss man darauf oft lange warten – kann oder will der Arbeitgeber das nicht, lässt er sich auf die umständliche Antragstellung oft gar nicht erst ein oder der Job ist weg, sobald sich ein anderer Bewerber findet. Flüchtlinge sind deshalb auch relativ leicht für illegale und schlecht bezahlte Jobs zu gewinnen.

Diese Regelungen betreffen Asylsuchende im Asylverfahren (sie haben eine Aufenthaltsgestattung) und so genannte Geduldete, deren Asylverfahren negativ beendet ist, deren Abschiebung aber ausgesetzt ist – aus den verschiedensten Gründen wie etwa ungeklärte Identität, mangelnde Papiere, schwere Krankheit in der Familie. Sie alle beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die knapp unter dem HartzIV-Niveau liegen. Anerkannte Asylsuchende hingegen erhalten eine Aufenthaltserlaubnis und stehen unbeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Sie werden „gefordert und gefördert“ wie deutsche Erwerbsfähige und beziehen ALG II.

Versteinerte Vorgärten – abwischbar und artenarm

Weniger Arbeit versprechen sich Hausbesitzer, wenn sie ihren Garten mit einer Steinschicht abdecken. Auch die Stadt umgibt viele Stadtbäume mit Vulkanschotter, um Pflegekosten zu sparen. Damit werden aber wichtige urbane Lebensräume für Pflanzen und Tiere zerstört und auch das Stadtklima negativ beeinflusst.

Der Vorgarten ist sauber, Kinderfaustgroße Kieselsteine liegen ordentlich nebeneinander, womöglich in farbigem Muster angeordnet, keine Erde zu sehen. Säuberlich eingepasst zwei, drei immergrüne Pflanzen oder Gräser. Keine Chance für Wildkräuter, heimische Pflanzen, Käfer, Bienen oder Vögel.

Der Trend zu sterilen (Vor-)Gärten und versteinerten „Grün“-Anlagen nimmt zu und jagt Naturschützern einen Schauer über den Rücken. „So ein Garten hat Null Komma Null ökologischen Wert“, weiß Barbara Stark vom bundesweit aktiven Naturgarten e.V. „Auch wenn die Gartenbesitzer das gar nicht böse meinen, sie schaden der Natur in der Stadt dramatisch.“

Denn auch kleine Gärten und Vorgärten, sogar Verkehrsinseln und Baumscheiben bilden „grüne Punkte“ in der Stadt, wie Dr. Katharina Schmidt von der Nabu-Geschäftsstelle Hamburg formuliert. Sie können so genannte ökologische Trittsteine sein und spontane Besiedelung von vielfältigen Pflanzen und Insekten ermöglichen,

eben von Punkt zu Punkt.

Auch für das Stadtklima haben solch kleine Flächen eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung, betont man beim Naturschutzbund Deutschland e.V. in Berlin: Sind sie mit Steinen zugeschüttet, heizen sie



Diverse Vorgärten und Grünanlagen, alle in Bamberg.

sich im Sommer auf, speichern die Hitze und strahlen sie wieder ab. Das forciert die Klimaveränderung in den Städten.

„Lazy Gardening“ gefährdet Klima und Biodiversität

Während also Städteplaner dazu aufrufen, Kaltluftschneisen zu erhalten, unnötige Bodenversiegelungen zu vermeiden, mehr Bäume, bewässerte

Grünflächen und großräumige Parks zu planen und Baumaterialien zu verwenden, die wenig Energie speichern bzw. reflektieren, macht sich der kleine Gartenbesitzer gerade ans Gegenteil.

Und während Naturschützer im Namen der Biodiversität dazu aufrufen, der Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Ökosystem Lebensraum zu sichern, wird genau dies in unseren Gärten um der Sauberkeit

willen zunichte gemacht. Wo bei man differenzieren muss: Ein standortorientierter Steingarten mit Erde und Humus für heimische Pflanzen und dadurch auch mit Nahrung und Lebensraum für Tiere kann ökologisch höchst wertvoll sein, betont Barbara Stark. Das ist dann aber kein „abwischbarer“ Garten mehr, wie ihn viele Hauslehaber neuerdings offenbar wünschen.

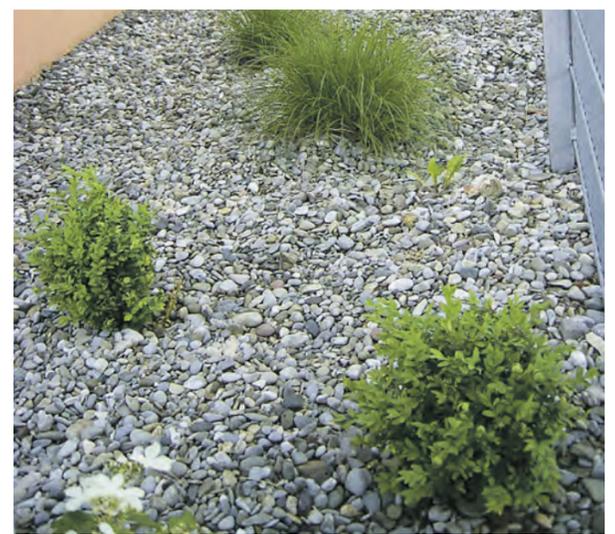
Doch geht die Rechnung der Kies- und Schotterliebhaber auf? „Lazy Gardening“ wird versprochen, wenn man seinen Garten mit Steinen abdeckt. Ein Vlies oder eine Folie unter der Steinschicht lässt kein Unkraut durch, so dass Unkrautjäten wegfällt. Rasenmähen kann man sich ebenso sparen wie Düngen und Blütenzupfen, und häufiges Gießen im Sommer auch. Andererseits fallen auch Blätter und Grünzeug von anderswo her auf die versteinerten Flächen, das muss abgesammelt oder per Laubbläser entfernt werden, sonst bildet sich Humus und zieht doch wieder Unkraut an. Moos kann entstehen. Und poliert schaut der Kies auch nicht jahrelang aus.

Barbara Kraft plädiert deshalb für den naturnahen Garten, „weil der ebenfalls wenig Arbeit macht, auch wenn es ganz ohne beim Gärtnern nicht geht“. Denn: „Heimische Standortpflanzen brauchen kaum Pflege. Was viel Arbeit macht, sind die standortfremden, gezüchteten Pflanzen.“ Wer seinen Garten so plant, dass er zum Boden und zur Umgebung passt, spart sich



... und in der Neuerbstraße.

Fotos: sys



Geld für Nachpflanzungen wegen Ausfällen, Gießwasser und Gießzeit, aufwändige Pflegearbeit – und hat dennoch ein Stück Natur geschaffen und zur Artenvielfalt beigetragen.

Stein-Baumscheiben sind sauber, aber lebensfeindlich

Genau das – Artenvielfalt – ist eigentlich auch das Ziel der Stadt Bamberg, die 2010 dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ beigetreten ist und eine kommunale Biodiversitätsstrategie entwickelt hat. Doch leider handelt man auch hier teilweise diametral entgegen den eigenen Prinzipien und folgt dem steinigen Modetrend: 30% aller städtischen Baumscheiben (also die kleinen oder größeren Flächen rund um die Straßenbäume) wurden in den letzten Jahren mit einem Vlies versehen und mit Lavasteinen aufgeschüttet. Das Gartenamt ist überzeugt von seinem Tun: keine Boden-

verschlämmung der Baumscheiben, kein Unkrautjäten, Hacken und Mähen mehr erforderlich, weniger Hundekot, besseres Bewässern der Bäume – und: die Bevölkerung wolle „saubere“ Flächen. Doch auch Baumscheiben sind wichtige innerstädtische Grüninseln und zählen für die Biodiversität und den Klimaausgleich ebenso wie kleine Gärten, betont Marion Ruppen vom Bund Naturschutz Bayern.

Dass man auch sie naturnah und wenig pflegeintensiv gestalten kann, weiß Barbara Kraft aus Erfahrung. Sie ist selbst Grünflächenplanerin und dabei durchaus pragmatisch eingestellt. Sie bevorzugt für Baumscheiben oder Verkehrsinseln eine spezielle Sand-Kies-Ton-Mischung als Baumsubstrat und die Pflanzung heimischer Wildkräuter. Als Pflege seien im ersten und zweiten Jahr vier Termine nötig, später weniger, und pro Quadratmeter ein paar Minuten. „Natürlich braucht man dafür Personal mit differenzierteren Kenntnissen“, so die Fachfrau, „bloß Mähen oder einfach alles rausrupfen ist einfacher.“

Doch ihr Konzept zeigt: Alternativen sind möglich. Und solche Miniflächen in der Stadt können ein ökologisches Netz bilden, das den Pflegeaufwand gering hält und doch die Artenvielfalt stützt, die sich Oberbürgermeister und Politik am Rednerpult so gerne ans Revers heften.

sys





24 FARBEN
TOLLES DESIGN
LANGLEBIG
WETTERFEST
PFLERGELEICHT
NACHHALTIG
PRODUZIERT



**WIR BRINGEN LEBENSFREUDE,
STIL UND FARBE IN IHREN GARTEN!**

GARTENAUSSTELLUNG auf 2.000 qm

Laubanger 17d | 96052 Bamberg (an der A70)
Tel. 0951-70096690

WEB-SHOP: www.fermob-gartenmoebel-mohrenhaus.de



Petra Friedrich
Staatl. geprüfte Technikerin (Hochbau)
Hemmerleinstr. 3, Rückgebäude
96050 Bamberg

Ökologische Altbausanierung

(t) 0951 203499 (h) 0160 6952999
(m) baupet@bnv-bamberg.de

grafik@liela-glueckert.de

„Unplanbarkeit aushalten“

Bamberg braucht Raum für Subkultur. Aber: Wo? Wie? Wofür genau? Die 99Z sprach darüber mit Lorenz Kutzer von „kontakt – Das Kulturprojekt“.

99Z: Auf dem Konversionsgelände, so heißt es immer, könne auch Raum für Kultur entstehen. Was wünscht ihr euch dort für Raum bzw. Räume?

Lorenz Kutzer: Hierüber wird auch teamintern bei uns noch heiß diskutiert. In der Lagarde-Kaserne könnte aus der Reithalle eine multifunktionale Veranstaltungsstätte und aus der Werkstatt ein Ausstellungsraum für bildende Kunst werden. Das sollte jedoch dann ein Sprungbrett für jenseits der Lagarde sein. Denn Subkultur muss auch laut und dreckig sein dürfen, und für wirkliche Experimentierräume sind Räumlichkeiten weiter östlich wohl spannender. Vorstellbar sind Jugendhostel, Bars, Clubs, Studios usw.

mit neuen Impulsen bringen – welche die Stadt nötig hat! Vor diesem Hintergrund würden wir uns freuen, eine stärkere Öffnung der klassischen Szene gegenüber subkulturellen Einflüssen zu sehen – so, wie dies einzelne Mitglieder der Symphoniker seit Jahren im Rahmen des kontakt-Festivals betreiben!

Was die Nutzung der Reithalle betrifft so reichen die Meinungen im kontakt-Team von: Warum dort keinen Kammerorchestersaal – für uns sind sowieso andere Gebäude spannender? Über: Beides unter einem Dach. Bis: Nein, dort keinen Orchestersaal, da dieser das ganze Viertel prägen würde und dann die Subkultur im Zweifel den Kürzeren zieht.



Kontaktfestival in der Lagarde-Kaserne, Mai 2015.

Foto: Guido Apel

tungen gemäß den Bedürfnissen der Bewohner/innen Raum zu geben. Getreu der bescheidenen Einsicht: Wie sollen wir schon heute wissen, was die Stadt braucht?

99Z: Die Stadt würde also Experimentierzellen für kreative Menschen zur Verfügung stellen, vergleichbar einem Gründer- und Innovationszentrum für Kulturschaffende ...

Lorenz Kutzer: Ja genau. Kreative Menschen könnten beispielsweise auf ein bis zwei Jahre befristet Gebäude oder Räume beziehen und darin sich und ihre Ideen einfach mal ausprobieren. Und danach könnten sie diese entweder woanders weiterführen, oder merken, das war's nicht, oder das Projekt war von vorneherein zeitlich begrenzt angelegt. Dafür müsste aber die Stadt Bamberg und vor allem auch deren Verwaltung das Prinzip der Unplanbarkeit aushalten.

Das Interview führte
Harald Rink.



Lorenz Kutzer

99Z: Wie steht ihr zur Idee, die Reithalle zu einem Kammermusiksaal für die Symphoniker umzubauen?

Lorenz Kutzer: Eines vorweg, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir sehen uns nicht als Gegenspieler klassischer Musik. Ganz im Gegenteil: Unser diesjähriges kontakt-Festival wurde mit Piano Interrupted, einem neoklassischen Duo aus Großbritannien, eröffnet! Wir wollen das Bestehende in eine Symbiose

99Z: Wer könnte künftig Träger für ein wie auch immer ausgestaltetes Kulturzentrum sein?

Lorenz Kutzer: Klar ist, dass sowohl das kontakt-Team als auch unser Trägerverein, der AstA Bamberg e.V., eine derartige Trägerschaft allein nicht leisten könnten. Vorstellbar wäre eine Trägergesellschaft wie etwa die Z-Bau GmbH (www.zbau.com) in Nürnberg. Darin haben sich die Stadt Nürnberg, die Musikzentrale e.V. und der Kunstverein Hintere Cramer-gasse e.V. als Gesellschafter für Umbau und Betrieb eines neuen Kulturzentrums zusammengeschlossen.

Derartige Strukturen entstehen natürlich nicht aus dem Nichts, sie müssen wachsen. Und damit können wir heute beginnen, indem wir Leerstand kulturell zwischen nutzen, z.B.

die ehemalige Schlachthof-Gaststätte in der Lichtenhaidestraße, die im Eigentum der Stadt ist. Wir von „kontakt“ wollen gerne mit der Stadt und anderen Kulturschaffenden Bündnisse auf Zeit schließen und austesten, ob so etwas für eine spätere gemeinsame Trägerschaft eines Kulturzentrums tauglich ist.

99Z: Wie stellt ihr euch die Finanzierung für Umbau und Betrieb eines Kulturzentrums vor?

Lorenz Kutzer: Das schon erwähnte Kooperationsmodell in Form einer „gGmbH“ setzt auf bürgerschaftliches Engagement in Verbindung mit öffentlichen Geldern. Hier sehen wir die Stadt nach Jahrzehnten stiefmütterlicher Behandlung der Subkultur durchaus in der

finanziellen Pflicht. Wobei Mittel natürlich auch aus Förder-töpfen von Bund, Land oder EU kommen können. Unseren Anteil sähen wir in der inhaltlichen Umsetzung sowie der Ideen- und Projektentwicklung für ein Kulturzentrum, was mit Beantragung von Fördermitteln ja Hand in Hand geht.

99Z: Ihr sprecht in eurem Positionspapier davon „Leerstellen für künftige Entfaltung zu reservieren“. Was bedeutet das konkret?

Lorenz Kutzer: Wir wollen die Kulturentwicklung ganzheitlich betrachten: Was braucht eine Stadt überhaupt und wieso? Welche Rahmenbedingungen benötigen Kultur und Kulturorte, um zu „funktionieren“? Einfach ein Gebäude hinzuklatschen und zu sagen:

„Und jetzt bitte hier Kultur“ wird nicht gut gehen.

Dafür kann gerade das Konversionsgelände Raum bieten. Leerstellen reservieren, d.h. man lässt Planungspartellen in ihrer zukünftigen Verwendung bewusst offen, um späteren (auch kulturellen) Entfal-

KONTAKT – DAS KULTURPROJEKT

ist eine Gruppe von rund 30 ehrenamtlich aktiven Menschen. Ihre Aktionen sind nicht kommerziell, sollen die Stadt mit innovativer und junger Kunst und Kultur beleben, den Zugang unabhängig vom sozioökonomischen Status des Einzelnen ermöglichen, und über Kunst und Kultur Kontakt zwischen Menschen herstellen. „kontakt – Das Kulturfestival“ fand Mitte Mai auf dem Konversionsgelände (Lagarde-Kaserne) statt. In den Jahren zuvor wurden beispielsweise die ehemalige Maisel-Brauerei, das Hallenbad am Margaretendamm oder der Dominikanerbau bespielt.

www.kontakt-bamberg.de

Überfüllung am Rande des Leerstands

Die bevorstehende Unterbringung von Asylsuchenden in der Flynn-Area zeigt die Schizophrenie sowohl der Konversions- als auch der Asylpolitik

Die ersten Häuser der Flynn-Area, deren Öffnung von vielen Wohnungssuchenden in Bamberg sehnsüchtig erwartet wird, werden wohl im Herbst 2015 erstmals neu bezogen – von Flüchtlingen. Insgesamt vier Häuser hat der Freistaat als Gemeinschaftsunterkunft (GU) für Asylsuchende vorgesehen und bereitet sie derzeit versorgungstechnisch (Strom, Wasser, Gas) darauf vor bzw. baut die darin befindlichen Wohnungen um. Davon sollen zwei mit Flüchtlingen belegt werden, zwei gehören als Reserve zum bayerischen Notfallplan.

Damit erfüllt sich ungefähr das, was die GAL zusammen mit einer ganzen Reihe von prominenten BambergerInnen vor einem Jahr in einer Petition an die Entscheidungsträger forderte, als die Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf aus allen Nähten platzten und Hilfe suchende Menschen in Garagen, Zel-

ten und auf Betonboden nächtigen mussten.

Gut so! Natürlich sollen Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden. Vor allem, wenn genug Platz da ist, wenn sofort nutzbare Wohnungen leer stehen und dieser Leerstand auch noch dem Gebäude schadet. Besonders schnell ging's zwar nicht gerade, aber immerhin haben Freistaat, Regierung von Oberfranken und Stadt Bamberg in diesem Sinne gehandelt. Und auch der Bamberger Stadtrat zeigte beachtliche Offenheit und Aufnahmebereitschaft.

Aber auch: Schlecht so! Denn wieder werden Flüchtlinge an den Stadtrand abgesondert. Wieder werden sie zu Hunderten konzentriert untergebracht, wieder auf 7 Quadratmetern pro Kopf – und das vermutlich auf längere Zeit und eben nicht nur vorübergehend. Und leider stehen Wohnungen auf dem Konversionsgelände noch immer nicht für hiesige Woh-



Flynn Area, hier sollen Flüchtlinge untergebracht werden.

Foto: Erich Weiß

nungssuchende zur Verfügung, obwohl auch das von der Stadtspitze für Sommer 2015 versprochen wurde. Genau das birgt die Gefahr, dass die einen (Flüchtlinge) gegen die anderen (Einheimische) ausgespielt werden, was sozialen Neid, Ungerechtigkeitsempfinden und

letztlich Rassismus nährt. Unnötigerweise, denn es wäre genug Platz für alle da. Dafür, dass es der Stadtbau GmbH bislang nicht gelungen ist, Häuser zu übernehmen und als Mietwohnungen auf den Markt zu bringen, erschließt sich kein vernünftiger Grund.

Abgesehen von echten Notfallunterkünften bei sprunghaft ansteigenden Flüchtlingszahlen ist das bayerische Konzeption der zentralen Heimunterbringung, für das bald auch die Flynn-Houses genutzt werden, schlichtweg ineffektiv und antiquiert. Anderswo werden

Flüchtlinge in normalen Wohnungen einquartiert, womit der Staat – für die meisten mag das erstaunlich sein – in der Regel billiger fährt als mit Gemeinschaftsunterkünften. Welche Bezahlung genau der Freistaat mit der Eigentümerin der Konversionsflächen BImA ausgehandelt hat, ist nicht bekannt, aber üblicherweise werden ca. 20 bis 25 Euro pro Flüchtling und Tag gezahlt, also 600 Euro im Monat (auch wenn oft genug mehrköpfige Familien in nur einem Zimmer wohnen).

Zudem zwingt der Freistaat per Verordnung die Flüchtlinge auch noch dazu, besonders lange in den Heimen zu wohnen. Ausziehen darf man bzw. muss man, wenn das Asylverfahren mit einer Anerkennung beendet wird, was Jahre dauern kann. Ist das Asylverfahren zwar negativ beendet, aber man kann nicht abgeschoben werden (Krankheit, kein Pass, humanitäre Gründe) muss man als Einzelperson auf eine Auszugserlaubnis noch einmal vier Jahre lang warten, nur Familien mit Kindern dürfen dann sofort ausziehen.

Gastbeitrag von Wolfgang Budde

Sozialplanung braucht Bürgerkompetenz

Es ist unstrittig, dass Sozialplanung einen erklärten politischen Willen voraussetzt, welche sozialpolitischen Ziele wichtig sind und unter Einsatz welcher Ressourcen auch erreicht werden sollen. Stadtrat, Verwaltung (in Bamberg muss der Kämmerer immer dabei sein) und Wohlfahrtsverbände gehören klar zu diesem Klärungsprozess.

Aber, in dieser Aufzählung fehlen noch wesentliche Akteure, die gerne vergessen werden: die BürgerInnen Bambergs, wie am Beispiel Altenhilfeplanung deutlich wird.

Wir können sicher davon ausgehen, dass sich angesichts der demographischen Entwicklung die Landschaft, in der ältere Menschen zuhause oder in Einrichtungen unterstützt werden müssen, verändern wird. Erforderlich werden Unterstützungsstrukturen, die Menschen dabei helfen, solange es vernünftig und von ihnen gewollt ist, in ihrem vertrauten Umfeld leben zu können: dezentrale professionelle Dienste und eine Infrastruktur, die Selbstversorgung erst möglich macht (Geschäfte für den täglichen

Lebensbedarf, Mobilität stärkende Bedingungen wie ein guter ÖPNV und barrierefreie Wege im Stadtteil), aber auch bürgerschaftliches Engagement und hilfreiche Nachbarschaftsnetzwerke.

Die Bedeutung solcher sozialplanerischen Überlegungen für das Konversionsgelände liegt auf der Hand. Auch hier geht es nicht nur um bezahlbaren Wohnraum, ÖPNV, Kindertagesstätten, Kinderspielplätze oder dezentrale Pflegeeinrichtungen. Es geht um die Entwicklung von Ideen, wie in dem zukünftigen Quartier Bürgerengagement entstehen kann. Das könnte zum Beispiel durch den Bau von Bürgerzentren, aber auch durch Planungsbrachen geschehen, die bewusst vorgehalten werden, damit sie von den späteren BewohnerInnen des Viertels besetzt werden. Denkbar wä-

re auch die Schaffung von kleinen Quartierbudgets, die BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Ideen finanzieren können. Ein Ködern von Engagierten durch nicht so ernst gemeinte Beteiligungsangebote wird da nicht reichen.

Eine Sozialplanung, die BürgerInnen als Partner ernst nimmt, weiß um den Wissensaspekt und den Demokratieaspekt einer gelingenden Kooperation. Wissensaspekt meint die Expertenschaft von BürgerInnen für ihren Stadtteil, für das „was da geht“, wo welche Ressourcen und Möglichkeiten stecken und für was und in welchem Umfang sie zu Engagement bereit sind. Demokratieaspekt meint, dass BürgerInnen eben nicht als Mittel zum Zweck betrachtet, sondern als gleichberechtigte und entscheidungskompetente PartnerIn-

nen wahrgenommen werden. Diese Frauen, Männer und Jugendlichen beteiligen dann auch Sozialplanung an ihren Ideen und Überlegungen. So entstehen Projekte, die QuartierbewohnerInnen selbst gedacht haben, mit denen sie identifiziert sind, für die „sie stehen“.

Als die eigentliche Herausforderung, einen Stadtteils als „sozial funktionsfähigen“ Lebensraum zu gestalten, erweisen sich somit nicht die Ideen, wie der Stadtteil aussehen könnte. Die können überall nachgelesen werden. Wichtig ist der Prozess, wie die erforderlichen sozialen Qualitäten entwickelt, gemeinsam gedacht, Abläufe gemeinsam geplant, Ergebnisse gemeinsam verbessert werden. Unverzichtbar ist die Mitwirkung von Fachkräften der Wohlfahrtsverbände, der Verwaltung und der BürgerInnen auf Augenhö-

Ohne Bürger ... für die Schublade

Sozialplanung, wie sie nicht aussehen sollte: Beispiel Altenhilfeplanung Bamberg. Der Altenhilfeplan von 1997 und seine Fortschreibungen bis 2004 sollten vor allem den Wohlfahrtsverbänden Investitionssicherheit für ihre Senioreneinrichtungen geben und blieben deshalb im Wesentlichen in der Einrichtungsplanung stecken. Im Jahr 2008 wurde ein neuer Versuch gestartet. In einem gemeinsamen Prozess klärten Fachleute der Altenhilfe und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, welche Unterstützungsstrukturen in den Bereichen Wohnen, Freizeit, Betreuung und Pflege gebraucht werden. Aber nach dem Beschluss im Stadtrat verschwand das Empfehlungspaket in den Schubladen der Stadtverwaltung, satirisch betrachtet in einer Art Leitzordnersammlung mit den Aufschriften „Nicht gewollt“, „Nicht verstanden“ oder „Nicht finanzierbar“. Der neueste und hoffentlich bessere Anlauf im Rathaus heißt „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ und soll in ersten Ergebnissen im Jahr 2016 vorliegen. **W.B.**

he, all das moderiert durch eine gut ausgestattete und ernsthaft beteiligungsorientierte Sozialplanung und eine Politik, die genau das will.

Wolfgang Budde ist Zweiter Vorsitzender des Beirats der Stadt Bamberg für Senioren und Seniorinnen, und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der älteren Bürger Bambergs.



Foto: pixelio.de
Dr. Klaus-Uwe Gerhardt

Gastbeitrag von Martin Düchs und Christian Illies

Schöner bauen!

Warum die Architektur einen Paradigmenwechsel braucht

„Ich meine, dass wir heute keine Lehre vom Schönen in der Architektur benötigen“, meint der große Architekt Frei Otto, und so denkt die heutige Architektur. Beim Bauen geht es um Funktion, ökologische und soziale Anliegen, und die sind brennend: Mehr als die Hälfte der in den USA genutzten Energie wird direkt oder indirekt für die gebaute Umwelt verbraucht (2004 waren es 54%). Und 2,5 Milliarden Menschen haben laut WHO keinen Zugang zu sauberen Toiletten. Es ist ein ethisches Gebot, dass Gebäude ökologisch sind und die elementaren Grundbedürfnisse befriedigen. Architektur ist wichtig für das Wohlergehen der Menschen. Das wusste schon die frühe Architektur-Moderne, wie z.B. Le Corbusier oder Mies van der Rohe: „Licht, Luft und Sonne!“ war ihr Slogan.

Das Bemühen um eine im klassischen Sinn schöne Architektur wurde dabei in der Regel als dekadenter und unsozialer Luxus gesehen. Gebäude sollten schmucklos, schlicht und funktional sein. Gelegentlich wurde zwar auch Schönheit gefordert, wie in der Charta von Athen der CIAM („jedem Individuum müssen die fundamentalen Freuden zugänglich sein: die Behaglichkeit des Heims, die Schönheit der Stadt ...“). Aber ästhetische

Qualität, so meinte man, stelle sich von selbst ein, wenn Gebäude nur ganz aus der Konstruktion entwickelt würden. Adolf Loos, der Urvater der Moderne, schrieb 1908 seinen Aufsatz „Ornament und Verbrechen“, in dem aller Zierrat verdammt wurde. Die Standard-Architektur der letzten Jahrzehnte war in diesem Sinne funktional und günstig, hygienisch und zunehmend nachhaltig. Aber sie war selten „schön“, sondern eher banal und langweilig. Und viele Menschen empfinden das so und klagen über Betonklötze, hässliche Einheitlichkeit, Monotonie und verschandelte Landschaften. Denn das Bedürfnis nach Schönheit bleibt, wie auch eine allgemein geteilte Vorstellung davon, was schön ist. Hunderttausende ziehen jährlich durch die Innenstadt Bambergs und sind begeistert („Ist das schön hier!“), aber kaum jemand besucht Bochum wegen seiner Nachkriegsarchitektur. Schönheit ist das entscheidende Kriterium zur Beurteilung von Architektur bei Laien. Dass ein Haus „schön“ sei, ist das höchste der Gefühle.

Aber wie ganz anders bei Architekten! In Fachdiskussionen ist der Begriff „Schönheit“ fast ein Tabu. Fragt man einen Architekten, ob er „schön“ bauen könne, so wird er seltsam bli-

cken. „Was Schönheit ist, weiß ich nicht“ sagt er dann vielleicht, wenn er den so Fragen-

den angesichts von dessen Nativität überhaupt noch einer Antwort würdig hält. Nun gibt es



Die ursprünglich spätklassizistische Fassade des Wohnhauses in der Reichenbachstraße in München war zerstört. Bei der Neuinterpretation wurden überlieferte Materialität, Gliederung und Putztechniken in moderner Formensprache ausgeführt. Es ist ein zeitgenössischer Bau zu erkennen, der sich aber perfekt in die Umgebung einfügt.

Foto: Martin Düchs

nachvollziehbare Gründe, warum sich Architekten mit Schönheit heute schwer tun: Wir sind gegenwärtig wenig optimistisch, dass wir „schön“ überhaupt bestimmen können. Und Diskussionen über Schönheit scheinen sinnlos, weil das Schönheitsempfinden als subjektiv gilt, gemäß dem Motto „Über Geschmack lässt sich nicht streiten“. Aber diese Einstellung gießt das Kind mit dem Bade aus: Denn auch wenn es keine endgültige und für alle Zeiten festgelegten Kriterien des Schönen gibt, können wir doch sehr wohl mehr oder weniger schöne, gelungene Bauwerke und Städte unterscheiden und darüber sinnvoll sprechen. Wir wissen recht gut was gelungen, aber vor allem misslungen und banal ist. Deswegen kann sich auch die Architektur dem Schönen in dem Sinne annähern, als es Baugestalten gibt, die eine positive Reaktion auch bei Laien hervorrufen – mögen sie auch in mancher Hinsicht einer bestimmten Zeit und Kultur verhaftet bleiben. Denn das Schönheitsempfinden ist nicht völlig subjektiv: Empirische Studien aus der Psychologie zeigen beispielsweise hohe Übereinstimmungen hinsichtlich der Urteile über die Schönheit menschlicher Gesichter oder Proportionen. Auch Bambergs Altstadt

oder Pariser Plätze werden von sehr vielen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen als herausragend schön beurteilt.

Wenn die Architektur wirklich für den Menschen baut (und das sogar eine ethische Forderung ist!), dann sollte sie sich deswegen wieder bewusst der Herausforderung nach einer schönen Formensprache stellen. Schönheit bleibt für Menschen ein elementares Bedürfnis. Statt mit Arroganz auf das tiefe Sehnen zu reagieren, das Touristenströme nach Bamberg treibt, aber auch Menschen den kitschig-lieblosen Erker aus dem Fertighauskatalog wählen lässt, sollte die Architektur es ernst nehmen. Das gilt gerade für die alltäglichen Bauwerke. Und zwar nicht indem der Architekt jeden Wunsch nach einem Alpbalkongeländer befolgt, sondern indem Schönheit wieder als anspruchsvolle, vielleicht schwerste, aber auch lohnende Aufgabe begriffen wird.

Christian Illies ist seit 2008 Professor für praktische Philosophie an der Universität Bamberg und arbeitet im Bereich Ethik, Anthropologie und Philosophie der Architektur.

Martin Düchs ist Philosoph und Architekt und promovierte über die Ethik des Architekten. Seit 2014 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Illies.

Ein Gastbeitrag von Martin Bücker und Erich Spranger (Bund Naturschutz)

Naturschätze vor der Haustüre

Auf dem Schießplatz, dem MUNA-Gelände und im Hauptmoorwald hinterlassen die Amerikaner großflächige, vielfältige und artenreiche Biotope.

Während sich das Hauptaugenmerk der Öffentlichkeit dem Kasernengelände und seiner städtebaulichen Entwicklung widmet, läuft die Planung der Naturgebiete eher im Hintergrund ab.

Mal wurde im März 2014 in aller Eile ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für den Schießplatz und die Muna aufgestellt, mal wurde in aller Eile der Schießplatz als Gelände für den Neubau der JVA vorgeschlagen (Januar 2015).

Biodiversität nur auf dem Papier?

Bei all diesen Planungen spielte die z.T. einmalige Natur dieser Gebiete keine Rolle. Dabei hat

das Umweltamt der Stadt Bamberg erst 2014 eine vorbildliche Biodiversitätsstrategie entworfen, die kurz darauf vom Stadtrat beschlossen wurde.

OB Andreas Starke schreibt im Vorwort: „Unter fachlicher Beratung durch das Umweltamt ist es das Ziel der Stadt Bamberg, die Artenvielfalt in der Stadt bis zum Jahr 2020 zu erhalten und zu fördern.“

Im Jahr 2011 hat die Stadt Bamberg am Wettbewerb Bundeshauptstadt der Biodiversität teilgenommen. Außerdem hat sie sich mit dem Beitritt zum deutschlandweiten Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ dazu bekannt, der Sicherung und der Förderung der Artenvielfalt beim kommunalen Handeln

einen besonderen Stellenwert einzuräumen.

Die Artenvielfalt ist in den Naturgebieten der Konversionsflächen außerordentlich hoch. Besonders hervorzuheben sind dabei der Sonderflugplatz Breitenau und der ehemalige Schießplatz. Beide Gebiete sind landesweit bedeutsame Hot Spots der Artenvielfalt und damit tabu für Gewerbegebietsplanungen oder JVA-Verlagerungen.

Ökologisches Gutachten im Auftrag der Stadt bestätigt hohen Wert

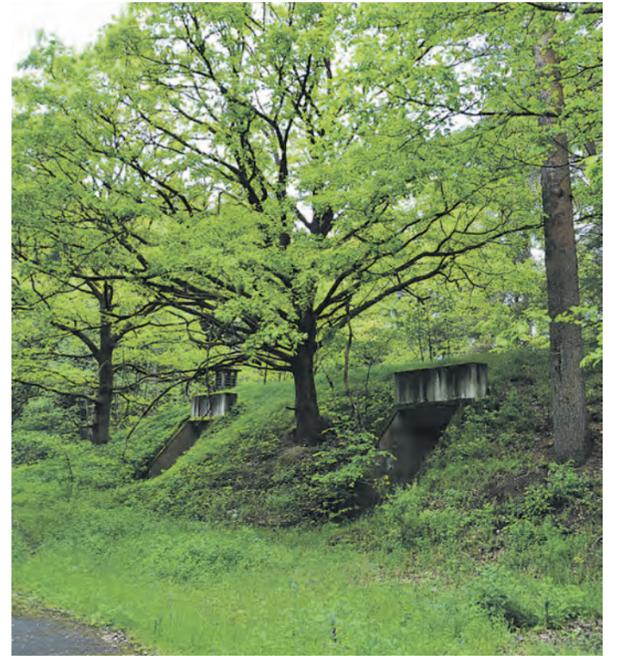
Die Stadt beauftragte 2014 das Bamberger Büro HabiTat, ein ökologisches Gutachten über

den Schießplatz, die Muna und den umgebenden Hauptmoorwald zu erstellen. Als Ergebnis stellte Frau Dr. Bugla auf dem größten Teil des Schießplatzes und auf Teilen der Muna Flächen mit „sehr hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ fest. Diese Sandmagerrasenflächen sind durch §30 des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützt.

Auch die Regierung von Oberfranken bestätigte im März 2015 in einem Gespräch mit der Stadt Bamberg und dem Bund Naturschutz den besonderen, überregionalen ökologischen Wert des Gebietes und dessen Schutzwürdigkeit.

Die Muna: Mehr als nur Bunker und Baracken

Auf den zahlreichen Bunkern und Baracken der Muna wurden zu Tarnzwecken Bäume gepflanzt, so dass sie aus der Luft nicht vom umgebenden Hauptmoorwald zu unterscheiden sind. Im Laufe der Jahrzehnte wurden diese Bäumchen zu einem beachtlichen Dachwald. Der Bundesforst bewirtschaftete den Wald in der Muna recht naturnah, denn er unterlag keinerlei Holzproduktionszwängen. Dadurch entwickelte sich ein naturnaher Wald zwischen Berliner Ring und Autobahn A73. Das bereits bestehende kleine Naturschutzgebiet innerhalb der Muna beherbergt einen Teich mit um-



Bunker auf dem Muna-Gelände.

Foto: Martin Bücker

gebenden wertvollen Sandmagerrasen. Das NSG verdient eine Erweiterung bis zur Geisfelder Straße.

Ein Teil Hauptmoorwald als Nationales Naturerbe

Auch die Local Training Area (LTA), die östlich der Autobahn im Hauptmoorwald auf gemeindefreiem Gebiet liegt, wartet mit vielen Rote-Liste-Arten auf. Besonders im westlichen Teil fühlen sich die Amphibien Gelbbauchunke, Laubfrosch, Kammolch und Kreuzkröte wohl.

Dies ist auch der Naturstiftung David aufgefallen, die im Rahmen der Politikberatung die ehemaligen militärisch genutzten Flächen zusammenstellt, die dem Nationalen Naturerbe unterstellt werden sollen. In den Koalitionsvereinba-

runge von 2013 hat die Bundesregierung sich darauf geeinigt, in einer 3. Tranche weitere 30.000 ha Naturflächen dem Nationalen Naturerbe zuzuführen. Bayern trägt mit 2.500 ha gerade mal 8% zu diesem Ziel bei und ist damit stark unterrepräsentiert. Trotz der Irritationen in den letzten Wochen ist zu hoffen, dass der Haushaltsausschuss bald die 3. Tranche des Nationalen Naturerbes mit der Local Training Area endgültig beschließt.

Der größte Teil der LTA zwischen Kunigundenruh und Schloss Seehof ist frei zugänglich und lädt zu einem Naturspaziergang ein!

Martin Bücker (Diplom-Biologe) und Erich Spranger (Diplom-Geoökologe) sind Beisitzer im Vorstand des BN Bamberg und aktiv im Arbeitskreis „Arten- und Biotopschutz“.



Schießplatz, Spätsommer 2014.

Foto: Erich Weiß

Ein Beitrag von Ursula Sowa

Das MUNA-Gelände als grünes Zukunftslabor

Während es für die etwa 160 Hektar große Fläche der Housing Area einen 400.000 Euro teuren Architektenwettbewerb gab, der einen wie auch immer gearteten Rahmenplan auf den Weg bringen soll, läuft es bei einer weiteren ebenfalls etwa 160 Hektar großen Fläche anders ab, dem so genannten MUNA-Gelände. Diese Fläche ist zum einen ein großer Schatz und zum anderen eine große Hypothek, und sie birgt manche Risiken.

Der große Schatz liegt in ih-

rem Reichtum an Naturvielfalt. Die noch nicht abzusehende Hypothek liegt darin, dass die Flächen mit großer Wahrscheinlichkeit mit risikanten Altlasten behaftet sind, bei ehemals militärisch genutzten Außenflächen fast schon die Regel. Der Name MUNA ist die Abkürzung für „Munitionslager“ und für eine Stätte der Herstellung von Munition. 63 Bunker aus vergangener Zeit sind in Beton gegossene Zeitzeugen dieser Nutzung, die 1917 ihren Anfang nah-

Ersten Erkenntnissen nach (eine abschließende Beurteilung fehlt noch) sind auch die Bunker mit Altlasten gezeichnet.

Die GAL hat schon vor einem Jahr gefordert, diese Fläche besonders sorgsam unter die Lupe zu nehmen und zu erforschen, was unter Naturschutz gestellt werden muss und welche Altlasten zu erwarten sind. Auch die Betonbunker sollten in ihrer zeitgeschichtlichen und architektonischen Bedeutung von fachlicher Seite eingeordnet werden.

Aber ein Bebauungsplan, der am Reißbrett Demarkationslinien zwischen Naturschutz- und Gewerbeflächen zieht wie aktuell geplant, ist wenig innovativ und ohne jeden Reiz. Erst muss die Situation vor Ort erkundet werden, um zu sehen, was wo passt und wie kombiniert werden kann.

Möglicherweise bieten gerade die drei Komponenten – Naturschutz, Altlast und Zeitzeugnis – das Potential für eine Art „grünes Zukunftslabor“. Mit viel Planungsgeschick könnte man aus der Not eine Tugend machen. Die Beseitigung der Altlasten in der Erde und in den Betonbunkern könn-



Muna-Gelände am südlichen Ende des Berliner Rings, rechts im Bild Gewerbegebiet Gutenbergstraße, unten rechts das bestehende Naturschutzgebiet mit Teich. Foto: Ronald Rinklef

te innerhalb eines internationalen Forschungsprojektes so vor Ort vorgenommen werden, dass die Beseitigung als Demo-Projekt aufgefasst wird. Das wird wahrscheinlich zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen, sichert gleichzeitig hochwertige Arbeitsplätze und den Ruf Bambergs als Stätte grüner Zukunftslaboratorien. Die

Sicherung und Erhaltung der Bunkeranlagen kann sowohl bei den Forschungsarbeiten eine dienende Rolle spielen, als auch Zeitgeschichte ablesbar machen oder auch dem Naturschutz dienen.

Ein grünes Zukunftslabor an dieser Stelle könnte Forschungslabore anziehen und eine hochinteressante weite-

re Parkfläche für Bambergs BürgerInnen und Gäste werden. Und: Im Rahmen einer IBA (Internationale Bauausstellung) ein ganz besonderes Schmankerl!

Ursula Sowa ist GAL-Stadträtin und Sprecherin im Konversionssenat. Sie setzt sich insbesondere für eine IBA auf dem Konversionsgelände ein.

GAL-Flashmob

Blühen und Glühen auf dem Konversionsgelände

Mit dem zweiten Flashmob unter dem Motto „Wir wollen hier rein“ will die GAL das Konversionsgelände „erblühen“ und eine alte amerikanische Freizeittradition „erglühen“ lassen: Am Samstag, 13. Juni 2015, von 15 bis 16 Uhr lädt die GAL zum Barbecue am Ende der Eichendorffstraße ein, direkt beim Zaun zum Lindenanger. Damit wird daran erinnert, dass der dringend benötigte Wohnraum auf dem ehemaligen US-Gelände seit bald 200 Tagen leer steht.

Grill und Getränke sind vorhanden, Gäste sind willkommen und werden gebeten, ihr Grillgut samt Teller und Besteck selbst mitzubringen. Auf die Flashmob-TeilnehmerInnen warten auch wieder die bekannten Pappschlüssel, die dieses Mal in Form von Schlüsselblumen Botschaften am Zaun erblühen lassen sollen. Alle BürgerInnen sind herzlich willkommen.

Berliner Ring als Stadtstraße – Quatsch oder Option?

Beim städtebaulichen Wettbewerb für die Konversionsflächen kürte die Jury einen Teilentwurf, der gegen die Barrierewirkung des Berliner Rings angehen will – ohne Brücke.

„Draußen, hinterm Berliner Ring“ – diese typische Lagebeschreibung aus dem Bamberger Volksmund macht schon deutlich, wie sehr die verkehrsreichste Straße Bamberg eine trennende Schneise durch den Bamberger Osten schlägt. Beim Wettbewerb um die Entwicklung der Konversionsflächen war es denn auch eine der Aufgabenstellungen an die sechs teilnehmenden Büros, diese Trennwirkung zu mildern.

Fast alle Entwürfe setzten auf eine „Überbrückung“ des Problems mit unterschiedlichen Brückengestaltungen, nur ein Büro war waghalsig und setzte bei der Straße direkt an – und überzeugte die Jury-Mitglieder. Sie empfahlen das Konzept einer Stadtstraße von Lorenzen Architekten (Berlin, Kopenhagen) beim künftigen Rahmenplan für das Konversionsgelände weiter zu verfolgen.

Brücke wäre fauler Kompromiss

„Nach reiflicher Überlegung haben wir uns von dem Lösungsansatz Brücke verabschiedet“, schildert Maximilian Müller vom Büro Lorenzen die Überlegungen der beteiligten PlanerInnen, „denn es wäre nur ein Kompromiss gewesen.“ Ein Ausweichen, ein Umgehen des Problems wollte man also nicht. Deshalb nahm man sich den Berliner Ring selbst vor und entwickelte die Vision einer Stadtstraße.

Dem steht vor allem der

Trog entgegen, in dem der Berliner Ring zwischen Zollnerstraße und Pödeldorferstraße verläuft und der den Charakter einer Autobahn vermittelt. Eine Höherlegung wäre also notwendig, so dass die vierspürige Straße höhengleich mit der Umgebung liegt. Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen sind laut dem zuständigen Verkehrsplaner Christoph Ludwig (Stadt- und Verkehrsplanung „Argus“, Hamburg) außerdem unumgänglich. Tempo 50 statt 70 stellt er sich hierfür vor, eine zusätzliche Ampelkreuzung auf Höhe der jetzigen Brücke und eine entsprechende bauliche bzw. landschaftliche Gestaltung der Umgebung links und rechts der Straße.

An der hohen Belastung der Straße mit ca. 32.000 Kfz pro Tag wird sich nicht rütteln lassen, auch die vier Fahrspuren werden bleiben, da ist Ludwig realistisch. Dennoch glaubt er daran, dass sich der Ring langfristig zu einer urbanen Straße machen lässt und mehr Aufenthaltsqualität bieten kann.

Lärmverträgliche Nutzung für anliegende Gebäude

Straßenbäume, mehr Platz zum Radeln und Zufußgehen, eine Bebauung, die näher an die Straße heranrückt, Bezüge schafft und Verbindungen hat zwischen Straßenraum und dem Gebäudeinneren. Wobei die Gebäudenutzung dann entsprechend lärmverträglich sein muss, was Ludwig und Mü-



Berliner Ring.

Foto: Erich Weiß

ler aber für machbar halten: Quartiersgaragen mit Gewerbe im Erdgeschoß wären beispielsweise eine denkbare Möglichkeit.

Überhaupt der Lärm. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob der tunnelähnliche Verlauf des Berliner Rings eine lärmindernde Wirkung auf die Umgebung hat oder eben

nicht. Das konnte Verkehrsplaner Ludwig für die Entwurfsplanung nicht eruieren, da wären Gutachten nötig. Auch bei der Kostenfrage muss er passen. Sein Büro, das derzeit in der Hamburger Hafencity vielfach mit der Höherlegung von Straßen zu tun hat, weiß, wie schwierig eine Kostenschätzung ist. „Man müsste erst ein-

mal die Bodenbeschaffenheit überprüfen – je nachdem fällt so etwas dann mehr oder weniger kostspielig aus.“ Zudem spielt eine Rolle, welcher Bestand an Leitungen sich unter dem Berliner Ring befindet, und ob dieser ebenfalls verlegt werden müsste oder so bleiben könnte. „Das wäre schon eine erhebliche Investition, an Geld

und an Zeit“, meint auch Müller. Er plädiert vor allem dafür, sich die Umgestaltung des Berliner Rings für die Zukunft offen zu halten und nicht durch andere Maßnahmen zu verbauen. „Dann könnte man sich auch in 15 oder 20 Jahren noch dafür entscheiden.“

Kostenfrage ungeklärt

Dass die von ihnen vorgeschlagene Umgestaltung des Berliner Rings auf jeden Fall teurer ausfallen würde als eine neue Brücke, wie vielfach fast schon automatisch vermutet wird, sehen die beiden Planer allerdings nicht. Das müsste erst einmal überprüft werden. Und: „Unterschätzen Sie die Kosten von Brückenbauwerken nicht, vor allem die immer wiederkehrenden Folgekosten für Wartung und Reparatur.“ Die müssten – je nach Größe und Art der Brücke – ja ebenfalls erst einmal durchgerechnet werden.

Ob es dazu noch kommt, ist fraglich. Während die Jury einstimmig – inklusive VertreterInnen aus Verwaltung und allen Fraktionen – das Stadtstraßenmodell des Büro Lorenzen im Februar als verfolgenswerte Idee kürte, gibt es seither vor allem pauschal ablehnende Stimmen, die sich mit dem Gedanken nicht einmal näher befassen wollen, allen voran Helmut Müller (CSU) und Heinz Kuntke (SPD). Visionen haben es in Bamberg ja bekanntlich nicht leicht.

5/15

Wettbewerb? Bürgerbeteiligung? Was soll's ...

Mit rund 400.000 Euro finanzierte die Stadt einen Wettbewerb von sechs Planer-Büros zur Weiterentwicklung des Konversionsgeländes. Mehrere „Arenen“ zur Bürgerbeteiligung wurden veranstaltet. BambergerInnen reichten ihre Vorschläge ein. Am Ende wurden von einer Jury drei Büros mit ihren Gestaltungskonzepten gekürt, jeweils für Lagarde-Kaserne, Berliner Ring und Warner Barracks. Sie sollen eigentlich Grundlage des noch zu erstellenden Rahmenplans sein. Doch ein so genannter Workshop – bestückt mit einzelnen Mitgliedern aus dem Konversionsssenat, der Verwaltung und dem Wettbewerbsmoderator Prof. Wachten – schwang schon bald das Fallbeil. Zentrale Punkte des einstimmigen Jury-Votums, das von allen FraktionsvertreterInnen mitgetragen wurde, beförderte man quasi in den Mülleimer, so etwa die Höhenangleichung Berliner Ring (siehe großer Artikel) oder das Kreativzentrum in bestehenden Nebengebäuden der Warner Barracks.

Mit anderen Worten: Bei einem intern anberaumten Treffen von Stadtratsmitgliedern aller Fraktionen und der Verwaltung hinter verschlossenen Türen (es handelte sich hier nicht um ein legitimes und öffentliches Gremium wie etwa den Konversionsssenat!) wird das mit einem Handstreich zunichte gemacht, was ein mühsamer und teurer Prozess vorher ergeben hat. Letztendlich wird der Konversionsssenat am 30.6.2015 über den Rahmenplan entscheiden. Man darf also gespannt sein: Setzt sich die Stadtratsmehrheit über alles hinweg? Wenn es so weit kommt, dann muss man klar sagen: Steuergeld wurde zum Fenster rausgeschmissen, und die Bürgerbeteiligung war nicht ernst gemeint und de facto für die Katz.

Sanieren und Wohnen geht auch gleichzeitig

Für des Beziehen des Wohnraums auf dem Konversionsgelände muss man nicht den Einbau eines Heizsystems abwarten. Man muss nur das richtige Konzept haben. Ein Beispiel.

Die Bamberger Grünen haben von Anfang an sowohl im Stadtrat als auch in der Öffentlichkeit für den Erhalt und auf einen schnellen Bezug der Wohnungen auf dem Konversionsgelände gedrängt. Aber wie passt das zusammen mit

den grünen Zielen in puncto Klimaschutz und Energieeinsparung? Ist nicht eine grundlegende energetische Sanierung des Bestandes notwendig, und steht diese der Forderung nach einem Bezug der ersten Wohnungen noch in die-

sem Jahr nicht diametral entgegen? Nein, meinen die Grünen, denn es gibt Sanierungsmethoden, bei denen das Gebäude während der gesamten Sanierungsmaßnahme bewohnbar bleibt.

Nur ein Beispiel sei hier erläutert: Die so genannte „außenliegende Wandheizung“. (Siehe Grafik unten links.)

Dazu wird außen auf der Bestandswand zuerst ein Flächenheizsystem angebracht, das

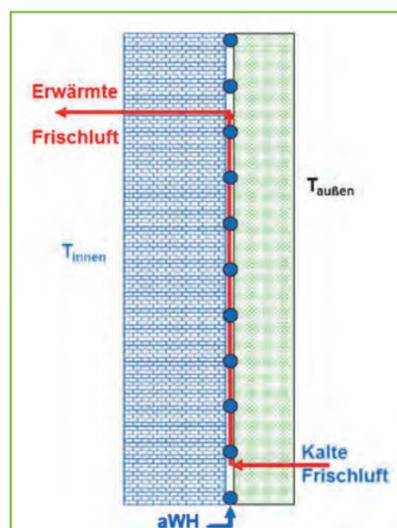
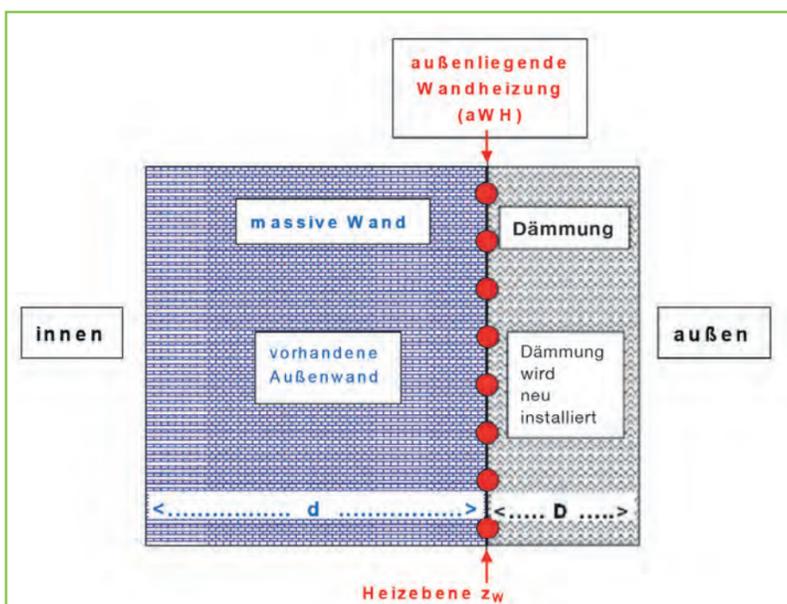
auch zur Kühlung nutzbar ist. Darüber wird dann eine neue Dämmung aufgebracht. Laut dem Institut für Zukunftssysteme (www.izes.de) „ergibt sich dadurch eine einschneidende Verringerung des Heizbedarfs des Gebäudes. Je nach Ausführlichkeit der Dämmmaßnahmen kann eine Reduktion auf die Hälfte oder sogar auf ein Viertel erreicht werden“. Aktuell wird dieses System in mehreren Feldstudi-

en erfolgreich erprobt und die Erweiterung der aWH mit einer außenliegenden Luftheizung (aLH) getestet. (Siehe Grafik unten rechts.)

Durch Einbau eines Luftspalts wird die aWH zusätzlich zur Frischlufthermung genutzt. Dadurch ist die Nutzung von noch niedrigeren Temperaturen möglich und die träge regelbare aWH wird durch die schnell reagierende aLH ergänzt. Erste Ergebnisse stimmen optimistisch, dass die volle Deckung des Heizwärmebedarfs über eine Kombination der beiden Heizsysteme möglich ist. Die Umlegung der Kosten für die Wärmesanie- rung könnten dann über deutlich geringere Verbrauchsnebenkosten neutralisiert werden.

Die GAL fordert deshalb bei der energetischen Sanierung den Einsatz von Konzepten wie das dargestellte, die ein hohes Potenzial zur Verbrauchsreduzierung mit bautechnisch vorteilhaften Sanierungsmethoden zusammenbringen. Bamberg könnte mit seinem Konversionsgelände Modellstadt für Feldstudien und somit Forum für innovative Entwicklung sein.

Har



Grafiken: Forschungsverband Erneuerbare Energien FVEE

KAUFRASCH
Austraße 27 · 96047 Bamberg
Tel. 0951-23807 · www.kaufrausch-bamberg.de
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

Kurt Meier Umzüge
Gabelberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufzug
96052 - Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

MUSSÄROL
Bamberger
Kräutergärtnerei
Gewürz- und Teekräuter
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen
gentechnikfreies Ökosaatgut
Hofladen geöffnet: April-Oktober
Mi 14-18 Uhr
Fr 10-18 Uhr
Sa 9-14 Uhr
Kräuter- und Gärtnerstadtführungen
Nürnberger Str. 86
Bamberg
0951-22023
www.biokraeuter.info
Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau

„Gärtnerflächen sind genauso wertvoll wie Baudenkmäler“

Ohne seine stadtbildprägende Gärtnertradition wäre Bamberg heute nicht Weltkulturerbe. Doch die Gärtnerflächen sind nach wie vor in Gefahr. Eines der Ziele des Modellprojekts „Urbaner Gartenbau“, brach liegende Flächen zu reaktivieren, ist aus dem Blick geraten. Gärtnerin und GAL-Stadträtin Gertrud Leumer will deshalb eine neue Flächennutzungsoffensive starten und erklärte der 99Z, warum.

Bamberg hat eine beachtliche Gärtnertradition. Die Gärtnerfamilien waren früher eine der wichtigsten wirtschaftlichen Säulen der Stadt. 540 Gärtnereibetriebe gab es Mitte des 19. Jahrhunderts. Seit dem Beginn der Gärtnerkultur im 13. Jahrhundert hat diese das Bild der Stadt bis heute entscheidend geprägt. Die Strukturen der Gärtnerstadt östlich der Regnitz, wie sie im ältesten Stadtplan von Bamberg, dem Zweidler-Plan von 1602, festgehalten wurden, kann man bis heute ablesen. Dieses „grüne Erbe“ war ein wesentlicher Grund dafür, dass Bamberg Anfang der 90er Jahre den Titel Weltkulturerbe erhielt.

Doch die Anzahl der Gärtnereien ist heute auf eine Zahl geschrumpft, die man an fünf Händen abzählen kann. Viele ehemalige Gartenflächen mitten im Stadtgebiet sind bereits bebaut, wurden zu Parkplätzen umgenutzt oder liegen brach. Häufig sind sich Erbgemeinschaften nicht einig, was mit den Flächen geschehen soll. Oftmals hoffen sie darauf, dass sich ihre Grundstücke bald als Bauland zu gutem Geld machen lassen. Seit Jahrzehnten geht das so. (Siehe Artikel unten)

„Grünes Erbe“ heute im Rathaus anerkannt

Doch in letzter Zeit hat sich etwas getan. Vier Jahre lang gab es mit Geldern des Konjunkturpakets des Bundes das Modellprojekt „Urbaner Gartenbau“, das einiges in Bewegung gebracht hat. Das Gärtnermu-



seum in der Mittelstraße wurde im wahrsten Sinne des Wortes aufgemöbelt und ist heute ein echtes Kleinod. 19 noch existierende Gärtnereibetriebe haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen

Bürger werden aktiv: Stadtgarten

Nicht nur im Rathaus, auch im Rahmen der Bamberger Transition-Town-Bewegung hat sich Anfang Mai eine neue Arbeitsgruppe aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern gebildet: AG Stadtgarten. Ihr Ziel ist es, dass Gärtnerflächen von BürgerInnen gärtnerisch genutzt werden. Eine ganze Reihe von Ideen wurde erst einmal gesammelt, es soll nun eruiert werden, welche weiter verfolgt werden: Neben den im Artikel genannten Projekten sind das ein Naschgarten, ein Aromagarten, ein Lehrgarten mit grünem Schulzimmer, Kindergärtnerei und Generationengarten, eine zentrale Hofverkaufsstelle für Bamberger Gärtnerprodukte, eine Freiluftküche mit Kochwerkstatt und Kursen, ein Restaurant mit Veredelungsservice u.v.m. Die AG Stadtgarten ist offen für neue Aktive. Kontakt: stadtgarten@transition-bamberg.de. Infos: www.transition-bamberg.de

und betreiben unter dem Motto „Gutes aus der Gärtnerstadt Bamberg“ gemeinsames Marketing. Und im Rahmen der so genannten Flächennutzungsoffensive entstanden die Bamberger Süßholzgesellschaft und der Bamberger Sortengarten, die historische Nutzpflanzen und Anbauweisen praktisch erforschen und wieder beleben.

Gertrud Leumer, als Inhaberin der Kräutergärtnerei MUS-SÄROL, Vorsitzende des Sortengartens und Mitakteurin der Süßholzgesellschaft vielfältig im „Urbanen Gartenbau“ aktiv, sieht große Errungenschaften. „Vor 15 Jahren war der Wert der Bamberger Gärtnerflächen lange nicht so im Bewusstsein verankert wie heute“, meint sie. „Die Verwaltung ist jetzt tatsächlich auf der Höhe der Zeit“, so ihre Einschätzung – für eine Stadträtin der als kritisch bekannten GAL-Fraktion schon ein sehr auszeichnendes Lob.

Doch Leumer sieht seit dem Ende des Modellprojekts im Jahr 2013 die Entwicklung ins Stocken geraten. Insbesondere erkennt sie für die bestehenden ungenutzten Gärtnerflächen akute Gefahr. „Sie müssen dringend gärtnerisch genutzt werden. Es ist genau wie bei einem baulichen Denkmal, das über Jahre unbewohnt und unbeheizt ist: Es verkommt. Auch denkmalwerte Freiflächen müssen gepflegt werden.“ Sortengarten und Süßholzgesellschaft laufen aus ihrer Sicht zwar gut, aber damit sei man ja noch lange nicht am Ziel „Flächenerhalt“ angekommen.

Konkrete Ideen für Flächennutzung sind da

Dabei gäbe es einige Ideen, über die Erwerbsgärtnerei hinaus und ausgesprochen bürgerlich.

❖ „Grabeland“ zum Beispiel: Bei diesem Prinzip können Privatleute ein kleines Stück Land für ihre Zwecke bebauen und nutzen, anders als im Schreiber-



Blick in die Obere Gärtnerei, von der Egelseestraße aus.

Foto: sys

garten aber ohne eigenes Haus und Zaun drum rum. In der Gärtnerstadt, wo es rund um die grünen Flächen zahlreiche Wohnhäuser und Nachbarn gibt, würde sich das anbieten.

❖ Oder die „Selbsternte“: Ein professioneller Gärtner ackert den Boden, pflanzt bzw. sät im Frühjahr auf einem langen Feld lange Reihen verschiedene Gemüse an. Privaten Nutzern wird davon jeweils ein Stück zugeteilt, das sie im Sommer pflegen und dann beernten können. Auf diese Weise

ist jeder an allen Gemüsesorten beteiligt. Im Herbst übernimmt dann wieder der Profi und pflügt unter.

❖ Ein weiteres bewährtes Konzept ist die „solidarische Landwirtschaft“: Privatleute beschäftigen gemeinsam einen Landwirt in Festanstellung. Dieser bebaut ein Feld in ihrem Auftrag nach ihren Wünschen und erhält dafür einen vereinbarten Lohn. Der Gewinn für die Gemeinschaft besteht im Ernteertrag. Tatkräftige Eigenbeteiligung ist möglich.

❖ Auch selbst organisierte „Gemeinschaftsgärten“, wie z.B. ein zweiter interkultureller Garten (neben dem bestehenden auf dem ERBA-Gelände), wären eine gute Nutzung.

„Aber um diese Möglichkeiten muss sich jemand kümmern, sie müssen auf den Weg gebracht werden“, erklärt Gertrud Leumer, denn sie weiß auch um die Schwierigkeiten, wie etwa der oft nur schwer zu bewerkstellende Zugang zu den urbanen Gärtnerflächen. Traditionell sind sie nämlich rundum

von Wohnhäusern eingerahmt, durch die man hindurch muss, um überhaupt erst zum „grünen Erbe“ zu gelangen. „Es braucht also Verhandlungsgeschick, langen Atem und einen festen Willen.“

Immerhin konnte die GAL schon etwas auf den Weg bringen. Auf Leumers Antrag hin wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe im Rathaus ins Leben gerufen, die den urbanen Gartenbau weiter voranbringen soll. Sie tagte im Mai erstmals.

5/15

Keine „Fruchtfolge Bauland“ in der Oberen Gärtnerei

Der neue Bebauungsplanentwurf schreibt den Erhalt von gärtnerisch genutzten Flächen fest, weil diese höchsten Denkmalrang haben. Grundstückseigentümer fühlen sich dadurch beschnitten. Aktive Gärtner haben Entgegenkommen verdient.

Die so genannte Obere Gärtnerei – zwischen Nürnberger Straße und Egelseestraße – ist mit der Hofstadt in der Unteren Gärtnerei (Heiliggrab-, Mittel-, Memmelsdorfer, Siechenstraße und Spitalgasse) eine der zwei Keimzellen der Bamberger Gärtnerstadt und die letzte weitgehend erhaltene historische Gärtnerfläche Bambergs. Damit das auch so bleibt, hat das Stadtplanungsamt einen Bebauungsplan entworfen, der dies festschreibt.

Aus Sicht der Denkmalpflege ist dies längst überfällig. Dr. Thomas Gunzelmann, im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege für die städtebauliche Denkmalpflege zuständig, stellte erst vor kurzem klar, dass das Stadtdenkmal einen Erhalt der Flächen unabdingbar voraussetzt. Sogar der Status Weltkulturerbe könnte durchaus fallen, würden die Flächen einmal bebaut, auch wenn nur ein Teil der Oberen Gärtnerei zum Bereich des Welterbes gehört. Doch viele Anlieger, darun-

ter aktive Gärtner, ehemalige Gärtnerfamilien bzw. deren Erbgemeinschaften u.a. sind darüber nicht begeistert, vielmehr empört. Seit Jahren hoffen sie darauf, ihre Grundstücke dereinst versilbern zu können. Der Bebauungsplan würde diese Hoffnungen endgültig zunichte machen. Und dabei geht es durchaus um viel Geld: Erheblich mehr Verkaufserlös könnten sie mit der „Fruchtfolge Bauland“ erzielen, wenn ihr Land also vom Ackerland zum Bauland umgewidmet werden würde.

So gesehen ist der Ärger in gewisser Weise nachvollziehbar. Zumindest in anderen Gebieten wie etwa beim Glaskontor oder an der Oberen Königstraße (Hergenröder-Areal) dichte Bebauung vorgesehen ist bzw. bereits umgesetzt wurde – und auch da war früher mal Gärtnerland. Man fühlt sich deswegen ungleich und ungerecht behandelt.

Doch ganz schlüssig ist die Argumentation nicht. Tatsäch-

liche Aussicht auf Baulandaussweisung hatte man in der Oberen Gärtnerei eigentlich nie, denn hier ist die Gartenbautradition mit am besten erhalten, der Denkmalwert seit langem bekannt. Wer mit solchen Gewinnen kalkuliert hatte, hat sich in den Bereich der Spekulation begeben. Und der Vorwurf der „Enteignung durch die Stadt“, der immer wieder mal von den Betroffenen ins Feld geführt wird, ist deshalb auch aus der Luft gegriffen. In der Tat wurden andere noch erhaltene Gärtnerflächen in den letzten Jahrzehnten geopfert. Doch kann man Denkmalzerstörung und Bausünden heute natürlich nicht fordern, indem man sie mit Vergleichbarem in der Vergangenheit rechtfertigt.

Immerhin ist die Stadt den Anliegern der Oberen Gärtnerei schon insofern entgegengekommen, als in zweiter Reihe gebaut werden darf, hier also tatsächlich neue Baurechte bzw. lukratives Bauland entstehen: Wo die Gärtnereien ihre Scheunen, Schuppen und Ställe hatten, kann in Zukunft gewohnt werden. Jedes weitere Zugeständnis wäre aber ein echter Bruch des Denkmalrechts und städteplanerisch nicht akzeptabel. Es bleibt zu

hoffen, dass Stadtverwaltung und Stadtrat in diesem Punkt konsequent bleiben. Zumindest nicht alle Anlieger ihren Grund und Boden als Bauland verkaufen wollen – viele haben sich auch arrangiert, eigene Gärten angelegt oder verpachtet.

Jedoch gebührt gerade den Erwerbsgärtnern durchaus noch mehr Anerkennung und Unterstützung, betreiben sie doch täglich durch ihren Gartenbau praktische Denkmalpflege auf eigene Kosten. Und dies nicht zu knapp: Sie bezahlen etwa für das Wasser, das sie verwenden, so viel wie jeder andere Bamberger, der die Zähne damit putzt oder seine Balkonpflanzen gießt. Hier könnte die Stadt einen verbilligten Wasserpreis für aktive Gärtnereibetriebe anbieten. Denkbar wäre auch eine Prämie dafür, dass überhaupt in der Zeit von Mai bis Oktober die historischen Gärtnerflächen angebaut werden, denn wie gesagt, die der Gartenbau ist in der Tat Denkmalpflege.

Das wäre ein Signal der Wertschätzung an die Gärtnerfamilien und vielleicht ein Ansporn, sich nicht als Gegner der Denkmalpflege, sondern als ihre tragende Säule zu sehen.

5/15

Keine Rutsche ...

... oder wie lästig so ein nicht existenter Kinderspielplatz für Stadtverwaltung und Stadtpolitik doch sein kann.

Im Hof der Koppenhofkaserne befindet sich über der Tiefgarage eine öde Wiese, ohne Busch, ohne Baum – vor allem aber ohne Rutsche, Sandkasten, Klettergerät oder Wippe. Denn eigentlich sollte dort ein öffentlicher Spielplatz sein, schon seit 2002 (die **g9Z** berichtete). Damals wurden die umliegenden Gebäude saniert und teilweise neu gebaut, und im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags zwischen den Investoren „L & N Immobilien“ (Lang und Neumann) und der Stadt hätte dort ein Spielplatz entstehen sollen, gemäß den gesetzlichen Vorgaben der Bayerischen Bauordnung. Er wäre zu ca. einem Viertel (20.000 Euro) von den Investoren und zu drei Vierteln

(66.000 Euro) von der Stadt zu finanzieren gewesen. Doch L & N zahlte nicht – und die Stadt legte die Hände in den Schoß und tat nichts.

Zeitsprung: 2013. Ein Anwohner fragt bei der Bürgerversammlung nach dem noch immer nicht vorhandenen Spielplatz, weshalb sich der Bausenat kurz darauf im Dezember mit dem Thema befassen muss. Die Bausenatsmitglieder erfahren von der nun schon jahrzehntelangen Untätigkeit der Stadtverwaltung und davon, dass der Investor längst pleite gegangen ist, vertragliche Ansprüche nie eingefordert wurden und inzwischen verjährt sind. Man zeigt sich im Bausenat darüber sehr

unzufrieden und beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zu machen, „auf welche Weise das städtebauliche Ziel der Verwirklichung des öffentlichen Spielplatzes noch erreicht werden kann.“ (O-Ton des Beschlusses laut Protokoll der Senatsitzung)

Dann passiert wieder nichts, weder in der Politik noch in der Verwaltung. Im Juli 2014 formuliert die GAL-Stadtratsfraktion einen eigenen Antrag, in dem sie einen Sachstandsbericht im Bausenat über die Umsetzung des Beschlusses fordert. Eigentlich sollte die Umsetzung selbstverständlich sein.

Doch es dauert wieder ein halbes Jahr, bis der Oberbürgermeister den Sachstand be-

richtet – allerdings nicht im öffentlich tagenden Bausenat, sondern mit einem Schreiben an die GAL-Fraktion. Die Peinlichkeit vor Publikum scheut er offensichtlich. Fazit seiner Stellungnahme: Wenn der Spielplatz jetzt noch gebaut wird, muss ihn die Stadt komplett selbst zahlen, und das kostet heute schätzungsweise doppelt so viel, nämlich 120.000 Euro. Sein Schlusssatz im schönsten Politschwammokratendeutsch: „Die diesbezüglichen Möglichkeiten werden gerade im Garten- und Friedhofsamt geprüft.“ Mit welchem Engagement das geschieht, kann man sich an fünf Fingern abzählen. Der Haushalt für 2015 wurde vier Wochen vorher verabschiedet,



Nicht existenter Kinderspielplatz.

Foto: sys

natürlich ohne Mittel für den Koppenhofsplatz.

Inzwischen hat die GAL einen neuen Antrag gestellt: Die nötigen Gelder für einen Spielplatz sollen im Haushalt 2016

bereit gestellt werden, damit die Kinder im Koppenhof endlich zu ihrem Recht kommen. Die Kinder von 2002 können den dann bald schon als Eltern nutzen.

sys

Denkmal abgerissen, Blech aufgebaut



Ehemaliges Schleusengehilfenhaus.

Foto: Petra Friedrich

Wer vor dem neuen Café „Zuckerl“ auf der ERBA-Insel seinen Kaffee schlürft, hat beste Aussichten auf die neue öffentliche WC-Anlage, die gleich in der Nähe platziert wurde (Foto rechts). Im Rücken also ein schön saniertes Denkmal, das ehemalige Schleusenwärterhaus – vor der Nase ein grauer Blech-Container.

Das hätte man auch anders haben können. Denn während das Schleusenwärterhaus als Einzeldenkmal erhalten blieb

und heute das erwähnte Café und eine Wohnung beherbergt, wurde das benachbarte



Klohäuschen.

Foto: sys

Schleusengehilfenhaus (beide aus dem 19. Jahrhundert) abgerissen (Foto links). Laute Proteste, organisiert von GAL und DenkmalschützerInnen, vermochten es nicht zu retten, obwohl es sich um ein Denkmalensemble handelte und auch die Heimatpflege einen kompletten Erhalt forderte.

Die GAL hatte bereits damals gewarnt, dass der Baukörper vor Ort noch gebraucht werden würde. Der Beweis ist nun da: In dem Gehilfenhaus hätte man genau die Toiletten unterbringen können, die nun als hässlicher Blechkasten das schöne Gelände am Rande des großen Spielplatzes verschandeln.

sys

Termine

Montag, 15. Juni 2015, 19 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung in der Gartenstadt

Gaststätte Metaxa, Spinnseyer 37

Interessierte sind herzlich willkommen. Themen: Konversion (Berliner Ring, Golfplatz u.a.), Nahversorgung, Bahntrasse

Dienstag, 16. Juni 2015, 19 Uhr

Freihandelsfalle TTIP – Diskussionsabend mit dem bayerischen Landesvorsitzenden Eike Hallitzky

Tourismus&Kongress-Service TKS Geyerswörth

Samstag, 27. Juni 2015, ab 11 Uhr

Auftakt der GAL-Aktion „1000 neue Fahrradstellplätze für Bamberg!“

Infostand in der Fußgängerzone

Die GAL steigt GALLaktisch in die Pedale!



Die Stadt Bamberg macht mit bei einer bundesweiten Kampagne des Klimabündnisses: STADTRADELN.

Es geht darum, in der Zeit vom 21.6. bis zum 11.7.2015 – also drei Wochen – möglichst viele gefahrene Fahrradkilometer zusammenzubringen. Und natürlich ist die GAL mit ei-

nem eigenen Team dabei – Ehrensache.

Auf der Homepage www.stadtradeln.de/bamberg2015.html kann man sich für das GAL-Team registrieren lassen (nicht nur Mitglieder, sondern alle, die uns unterstützen wollen) und dort im Radkalender die gefahrenen Kilometer eintragen. Oder man lädt sich die Stadtradeln-App aufs Smartphone.

Jeder Meter zählt: Fahrt zur Arbeit oder Schule, Freizeitradeln, Besuch bei der Oma, Dienstfahrten, Ausflug zum Baggersee. Die GAL freut sich auf ein starkes Team.

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

...natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)

Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266

Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Mitmachen! 1000 neue Fahrradstellplätze für Bamberg!

Damit das gelingt, brauchen wir Ihre Mithilfe.

Sie kennen einen Ort, wo ein Fahrradparkplatz hin sollte? An Ihrem Lieblingsabstellplatz wäre noch Platz für einen Bü-

gel, damit das Rad sicher steht?

Melden Sie uns das (am besten mit Foto):

radparkidee@gal.bamberg.de oder GAL, Postfach 110264, 96030 Bamberg, oder Tel.

23777. Wir sammeln Vorschläge und reichen sie im Rathaus ein. So kann Bamberg noch fahrradfreundlicher werden.

Die Aktion startet am Samstag, 27. Juni 2015, mit einem In-

fo-Stand in der Fußgängerzone und dauert bis Ende Juli.

Verfolgen und unterstützen Sie uns auf Facebook: „1000 neue Fahrradstellplätze für Bamberg“



- ! Maler-Meisterbetrieb
- ! Angewandte Baubiologie
- ! Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf

Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33

E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

Immer aktuell
www.gaznet.de

GAL Bamberg
auf facebook

Impressum

Die **g9Z** wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Petra Friedrich, Harald Rink (Har), Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin: (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

Gestaltung: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt, www.gal.bamberg.de

Auflage: 20.000

Nr. 81 / Juni 2015

Die **g9Z** wird auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft gedruckt, das mit dem FSC-Siegel zertifiziert ist.